

# Pulsnitzer Tageblatt

Heimprager 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — erscheint an jedem Werktag — — —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungs-Einrichtungen, hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 *Sp.*, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 *Sp.*; amtlich 1 mm  
30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Reklame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Plage oder in Kontursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgaßen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörnberg, Bretzig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thlemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. F. F. Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 162

Montag, den 15. Juli 1929

81. Jahrgang

## Das Wichtigste

Der deutsche Botschafter in Paris von Hübner und Gesandtschaftsattaché  
von Maßbach trafen auf Bührers Höhe in Baden-Baden ein und  
hatten eine Unterredung mit Reichsaußenminister Dr. Stresemann.  
In der Nähe von Luzern rief vor dem Signal Rot-Kreuz ein Per-  
sonenzug von Narau auf einen Güterzug auf. Dabei wurden  
17 Personen verletzt, darunter auch der Lokomotivführer. Von dem  
Güterzug wurden die beiden letzten Wagen zertrümmert. Der Ma-  
terialschaden ist beträchtlich.  
In belgischen Regierungskreisen äußert man sich über den Abschluß  
der Marktverhandlungen befriedigt. Es wird anerkannt, daß die  
deutsche Regierung den Beweis eines guten Willens erbracht habe.  
Durch das Marktabkommen sei eine Frage beseitigt worden, die die  
deutsch-belgischen Beziehungen stark beeinträchtigte.  
Die Ueberschwemmungen in der Gegend von Sureme (50 km östlich  
von Trapezunt am Schwarzen Meer) haben sehr viele Menschenopfer  
gefordert. Nach amtlichen türkischen Meldungen sind 529 Häuser  
zerstört worden und 249 Personen ertrunken, außerdem noch 37  
Kinder. Die Bevölkerung ist in die Berge geflüchtet.  
In einer Unterredung des japanischen Außenministers mit dem Sow-  
jetbotschafter über die Lage in der Mandschurei hat der japanische  
Außenminister erklärt, daß Japan zwischen China und Rußland  
nicht vermitteln werde. Japan sei durch diesen Streit noch nicht  
geschädigt worden.

## 2000 x 58 = 116 000 Millionen.

Es steht fest: An der kommenden politischen Konferenz  
werden deutscherseits teilnehmen Dr. Stresemann, Wirt-  
schaftsminister Curtius, Reichsfinanzminister Silber-  
ling und der deutsche Rheinlandminister Dr. Wirth. W-  
nählich rückt also die Entscheidung über den Young-Plan  
näher. Aber in Paris hält noch der französische Ministerprä-  
sident Poincaré in der französischen Kammer Dauerreden,  
um mit seiner berühmten Gernüchungsstafel das französische  
Parlament zum Gehorsam und zur Annahme der französi-  
schen Regierungsvorschläge über die Ratifizierung der fran-  
zösischen Schuldenabkommen mit England und Amerika zu  
zwingen.

Ein Streitpunkt der Pariser Konferenz ist nunmehr  
erledigt. Eine amtliche Meldung aus Brüssel besagt,  
daß die deutsch-belgischen Marktverhandlungen abgeschlossen  
sind. Durch dieses deutsch-belgische Abkommen werden  
Deutschland Jahreszahlungen in Höhe von  
durchschnittlich 21 Millionen Mark auf  
37 Jahre auferlegt. Eine hübsche „Annuitäten-  
summe“, wie der sachmännische Ausdruck lautet, die nun-  
mehr zu den übrigen deutschen Reparationsmilliarden hinzu-  
kommt. Aber, wie sagt man denn bei uns: Deutschland hat  
den Krieg verloren und muß zahlen. Muß es wirklich zah-  
len?

Da ist jetzt der Briefwechsel zwischen dem Parteivor-  
sitzenden des Zentrums, Kaas, und dem Reichsminister Dr.  
Wirth veröffentlicht worden. Dr. Kaas schreibt, daß eine  
Dauerkontrolle der demilitarisierten Zone schärfste Ablehnung  
finden müsse. Ein offenes Wort zur rechten Zeit! Man  
scheint irgendwo deutscherseits geplant zu haben, den Wider-  
stand gegen die sogenannte „Versöhnungskommission“ im  
Rheinland unter gegebenen Umständen auf der politischen  
Konferenz preiszugeben. Da ist es zu begrüßen, wenn Reichs-  
minister Dr. Wirth in seinem Antwortschreiben bestätigt,  
daß Deutschland an den Rechtsgarantien des Ver-  
sailer Vertrages festhalten müsse. — Deutschland  
könne nicht zu seiner Wehrlosigkeit noch sein Rechtslosigkeit  
hängen. Eine Dauerkommission über die Rheinlande wäre,  
wenn gleich vielleicht in gleichender Verbrämung, ein Schlag  
gegen Deutschlands Recht, der dem Aufbruch verglichen  
werden könnte, und ein Rückschritt in der ganzen friedlichen  
Entwicklung. Das „Unannehmbar“ des Zentrumsvorsitzen-  
den sollte sich das deutsche Volk merken, da eine Dauerkon-  
trolle nach Kaas „eine sachlich sinnlose und vertraglich unde-  
rechtmäßige Demütigung des deutschen, insbesondere des rhein-  
ischen Volkes“ darstellen würde. Die Ablehnung einer Dauer-  
kontrolle im Rheinland ist in Deutschland wohl ein mützig.

Der Kampf um den Young-Plan ist im Gange. Da be-  
reitet eine Entschließung der Internationalen Handelskam-  
mer in Amsterdam fast nichts, in der es heißt, daß durch den  
Pariser Plan das Reparationsproblem aus dem Gebiet des  
politischen Meinungsstreites herausgenommen sei. Es gibt  
Stimmen in Deutschland und im Ausland, die das Gegen-  
teil behaupten. Es gibt auch Stimmen, die den Young-Plan,  
wie auch Dr. Schäfers, nicht als eine ideale Lösung  
des Reparationsproblems bezeichnen. Nach dem  
Pariser Plan soll Deutschland 2000 x 58 = 116 000 Millionen  
Reparationslasten zahlen. Warnende Stimmen in Deutsch-  
land bezeichnen diese Tributlasten als unerfüllbar. Der deut-

## Neue Reparationslasten!

607 Millionen für Belgien

Die chinesischen Maßnahmen an der Ostbahn

Brüssel. Die belgischen Marktverhandlungen sind zum  
Abschluß gekommen. Im belgischen Außenministerium wurde  
das Abkommen unterzeichnet. Es besteht aus zwei Teilen:  
dem eigentlichen Abkommen und einem Zusatzprotokoll.  
Deutschland verpflichtet sich, an Belgien während 37  
Jahren Jahreszahlungen zu leisten, die mit 16,2 Millionen  
Reichsmark beginnen, dann auf 21,5 Millionen Reichsmark  
steigen und ihren Höhepunkt mit 26 Millionen Reichsmark  
erreichen. Vom dreizehnten Jahre ab geht die Jahreszahlung  
auf 20,1 Millionen Reichsmark zurück, um die letzten achtzehn  
Jahre hindurch 9,3 Millionen Reichsmark zu betragen. Auf  
Grund des Abkommens erreichen die deutschen Jahreszahlun-  
gen zusammengekommen 607 Millionen Reichsmark. Für  
den Fall von Meinungsverschiedenheiten ist ein Schiedsge-  
richtsverfahren vorgesehen.

Auf Grund von Verhandlungen, die im Reichsfinanz-  
ministerium von Ministerialrat Fuchs mit dem belgischen  
Ministerialdirektor Debuytschaeve geführt wurden, ist  
ein Abkommen über die Freigabe deutschen Vermögens in  
Belgien geschlossen worden. In diesem Abkommen verzichtet  
die belgische Regierung mit Wirkung vom 7. Juni 1929, dem  
Tage der Unterzeichnung des Young-Planes ab, auf die Li-  
quidation und Einbehaltung des bis dahin noch nicht liqui-  
dierten oder in das Eigentum des Staates übergegangenen  
deutschen Vermögens, auf die im Versailler Vertrag vorge-  
sehene Befugnis zu Eingriffen in die deutschen gewerblichen  
Schutzrechte und Urheberrechte sowie auf den noch unbezah-  
ten Kaufpreis derjenigen Güter, die von ihren deutschen  
Eigentümern käuflich zurück erworben waren.

### Die chinesischen Maßnahmen an der Ostbahn

Peking, 15. Juli. In Charkin sind vier chinesische  
Divisionen zum Schutz der chinesischen Ostbahn eingetroffen.  
Die russisch-chinesische Grenze ist noch nicht geschlossen, jedoch  
haben die chinesischen Generalkonsulate in Sibirien teine

schöne Industrielle Dr. Klönne findet es unverständlich, wie  
man das deutsche Volk entgegen der im Versailler Vertrag  
festgelegten Höchstdauer von 30 Jahren „auf 70 Jahre Sla-  
venarbeit“ festlegen und die Bezahlung der französischen  
Kriegsschulden an Amerika übernehmen könnte. Dr. Klönne  
hat in einer kürzlichen Rede ausgeführt, daß das geplante  
Volkstbegehren gegen die Kriegsschuldfrage,  
die doch das Rechtsfundament aller Deutschland angefochtenen  
Entehrung und Verleumdung darstelle, eine Herzenssache  
des ganzen deutschen Volkes werden müsse. Es  
ist auch ein Anlaß zum Nachdenken vorhanden, wenn so be-  
deutliche Wirtschaftsführer wie Dr. Thyssen und Dr.  
Böglner und der frühere Reichsernährungsminister, der  
Landwirtschaftsminister Dr. Schiele, und weitere Führer aus der  
Landwirtschaft und aus den verschiedensten Berufsständen,  
Arbeiter- und Angestelltenführer, dem Reichsausschuß für das  
Volkstbegehren gegen den Young-Plan beigetreten sind.  
Hugenberg und Hitler in einer Front, wer hätte das für mög-  
lich erachtet? — Doch die deutsche Not schweift Gegensätze  
zusammen.

Es ist wohl nicht eine Kühnheit, zu behaupten, daß die  
bedauerlichen Bombenattentate in Schleswig-Holstein ein Aus-  
fluß dieser deutschen Not sind. Zwangsversteigerungen länd-  
licher Besitzungen wegen rückständiger Steuer, oder wenn  
„den kleinen Besitzern das letzte Stück Vieh aus dem Stalle  
geholt wird“, sind eine Folge der deutschen Not, die wieder-  
um bedingt wird durch die deutschen Reparationslasten, die  
in die Willkür gehen. Die neue mecklenburgische Regie-  
rung hat erfreulicherweise in ihrem Regierungsprogramm be-  
tont, daß die mecklenburgische Staatsregierung an der Seite  
der Reichsregierung stehen wird, wenn es sich darum handelt,  
den Kampf gegen die Kriegsschuldfrage und gegen die Folgen  
des Versailler Diktats aufzunehmen. Einmütigkeit tut Deutsch-  
land not. Nicht überall in Deutschland scheint man aber so  
einsichtig zu sein, wie eine Entschließung des West-  
ausschusses für Rhein, Pfalz und Saar auf-  
zeigt. Aus den Kreisen der Rheinländer wird nämlich leb-  
hafte Klage geführt, daß die deutsche Rundfunkgesellschaft  
zwar sehr viel Zeit hat für die Uebertragung des Wortkampfes

neuen Schwermere für Sowjetrußen nach China ausgestellt.  
Außerdem sind in Charkin zwei neue Kavallerieregimenter  
eingetroffen zum Schutz des chinesischen Arsenals und der  
Eisenbahnlinie vor sowjetrußischen Anschlägen. In chinesi-  
schen amtlichen Kreisen wird erklärt, daß die Lage an der  
mongolisch-chinesischen Grenze besonders gefährlich sei, da die  
chinesische Regierung nicht über genügend Truppen verfüge,  
um sie zu schützen. Die chinesische kommunistische Partei in  
Charkin hat die Arbeiter und Angestellten der chinesischen  
Ostbahn zum Generalstreik aufgerufen.

### Russisches Ultimatum an China.

Moskau. Eine dem chinesischen Geschäftsträger in  
Moskau übergebene, vom 13. Juli datierte Note der  
Sowjetregierung gibt der chinesischen Regierung drei  
Tage Frist zur Bewilligung folgender Forderungen:  
1. Sofortige Einberufung einer Konferenz zur  
Regelung aller die chinesische Bahn betreffenden Fragen.  
2. Zurücknahme aller von den chinesischen Behörden hin-  
sichtlich der Bahn getroffenen Maßnahmen. 3. Freilä-  
sung aller verhafteten sowjetrußischen Staatsangehörigen  
und Einstellung aller chinesischen Uebergriffe gegen die  
sowjetrußischen Staatsangehörigen und Unternehmungen.

### Japanische Schutzmaßnahmen.

Erste Lage an der mandschurischen Grenze.  
Tokio. Der japanische Außenminister Gaidohara  
hat den japanischen Generalkonsul in Charkin telegraphisch  
aufgefordert, dem japanischen Außenministerium einen Be-  
richt über die politischen Vorgänge in der Mandschurei zu  
erstatten.

Das japanische Außenministerium erklärt, daß sich in  
den letzten 48 Stunden die politische Lage in der Mandschurei  
so stark zuspitzt habe, daß die japanische Regierung zu  
Vorbereitungsmaßnahmen zum Schutze des japanischen  
Eigentums in der Nordmandschurei greifen müsse.

Schmelting — Baolino, daß dieselbe deutsche Rundfunkgesell-  
schaft aber nichts dafür übrig hat, wenn irgendwie die für  
drei deutsche Generationen entscheidenden Fragen der Repa-  
rations-, der Rheinlandkontroll- und der Saarfrage im Rund-  
funk erörtert werden soll. Die Rundfunkleitung  
Berlin habe nicht einmal eine Uebertragung der kürzlich  
stattgefundenen Jahrestagung des Bundes der Saarvereine  
in Münster und des Reichsverbandes der Rheinländer in  
Stuttgart zugelassen. Das sei eine Rundfunkzensur,  
die in Deutschland nicht verstanden werden dürfe.

Wenn man vom Young-Plan spricht, ist eins noch wis-  
senswert. Die Reichsbahngesellschaft behält wäh-  
rend der Wirkungsdauer des Young-Planes ihre Eigenschaft  
als privates und unabhängiges Unternehmen. Ein Fort-  
schritt durchaus! Aber die Reichsbahn wird eine finanzielle  
Erleichterung nicht zu spüren bekommen, da der Reichsbahn  
nach Ableistung der 660 Millionen Reichsmark neuer Reichs-  
steuer die Verkehrssteuern in Höhe von 290 Millionen oder  
auch nur ein diese Summe vielleicht übersteigender Betrag  
vom Reich niemals wieder zur Verfügung gestellt werden  
dürfte. Eine Erleichterung der Finanzlage der Reichsbahn  
durch den Young-Plan ist daher unter den gegenwärtigen  
Verhältnissen im Deutschen Reich kaum zu erhoffen.

### Vertikale und sächsische Angelegenheiten

#### Die Natur ist überall schön.

Wenn in diesen heißen Tagen der Ferienzeit mehr als  
zwei Menschen zusammensitzen, wird vom „Reisen“ gespro-  
chen. Alle anderen Dinge sind in den Hintergrund getreten,  
Ballistik, Tagesereignisse, Sport — nichts interessiert mehr.  
Zugabfahrtszeiten, Dampferfahrpläne, Berpflegungsstellen  
werden genauestens durchgeproben. Die Kinder machen  
Pläne, einen phantastischer als den anderen, reden vom Bur-  
genbau an der Ostsee, von Kletterpartien und Sennhütten,  
sehen sich im Geiste auf Bonnies, Kleinen Eßeln in weißen Klei-